

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 99

Asyl- und Flüchtlingsrecht

von

Dr. Ralph Göbel-Zimmermann

Vizepräsident des VG Wiesbaden

Dr. Alexander Eichhorn

Richter am VG Koblenz

Dr. Stephan Beichel-Benedetti

Richter am VGH Baden-Württemberg

unter Mitarbeit von

Dr. Jasmin Schnitzer

Richterin am SG Frankfurt a. M.

2018



Vorwort

Seit der 1. Auflage des Werkes „Asyl- und Flüchtlingsrechts“ im Jahre 1999 in der NJW-Schriftenreihe und der 2. Auflage des Werkes „Aufenthalts- und Asylrechts“, zusammen mit Bertold Huber, in der Reihe NJW-Praxis im Jahre 2008 hat sich das nationale und europäische Flüchtlingsrecht, auch vor dem Hintergrund des europäischen Flüchtlingsdramas und der drastisch angestiegenen Asylverfahren, rasant weiterentwickelt. Deshalb erfolgt nunmehr wegen der zunehmenden Bedeutung des Asyl- und Flüchtlingsrechts eine getrennte, vollständig überarbeitete und aktualisierte Darstellung in der Reihe NJW Praxis.

Dabei werden neben dem materiellen Asyl- und Flüchtlingsrecht und dem Asylverfahrensrecht die Grundzüge des Aufenthaltsrechts von Flüchtlingen, des Aufenthalts aus humanitären Gründen, der Abschiebung und der Ausweisung behandelt. Wegen der in diesem Buch nicht abgehandelten besonderen aufenthaltsrechtlichen Probleme für Flüchtlinge wird ergänzend auf den Band Aufenthaltsrecht von Huber/Eichenhofer/Endres de Oliveira verwiesen.

Nachdem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seit 2015 einen gewaltigen Berg von Asylverfahren abgearbeitet hat, rollt nunmehr verstärkt seit Ende 2016 die Verfahrenslawine auf die Verwaltungsgerichte zu. Es wird trotz der personellen Verstärkung Jahre dauern, diesen Berg abzubauen. Für Rechtsanwender des Asyl- und Flüchtlingsrechts soll dieses Lehrbuch eine umfassende Einführung in das komplexe europäische Mehrebenensystem des Flüchtlingsrechts bieten und dabei helfen, in der Rechtsanwendung sicher durch das deutsche Asylverfahren zu navigieren.

Das Werk ist auf dem Stand von September 2017, sämtliche „Asylverfahrensbeschleunigungs-Novellen“ seit 2015 sind berücksichtigt. Die Abhandlung ist primär an der einschlägigen Rechtsprechung orientiert. Um den Umfang des Werkes nicht zu sprengen, musste teilweise auf die wünschenswerte ausführlichere Auseinandersetzung mit Literaturmeinungen verzichtet werden und wir hoffen hierfür auf das Verständnis der Nutzer dieses Buches.

Die Schrift wendet sich als systematische Darstellung gleichermaßen an Praktiker, gleich ob in der Verwaltung, als Anwalt oder richterlich tätig, darüber hinaus aber auch an Menschen in der Flüchtlingsberatung und in den Verbänden. Sie ermöglicht zudem Studierenden und Rechtsreferendaren die Einarbeitung und Vertiefung in das Rechtsgebiet des nationalen und internationalen Flüchtlingsrechts.

Wir danken Dr. Jasmin Schnitzer für die Unterstützung, den Kolleginnen und Kollegen für die zahlreichen Anregungen, unseren Familien für die entbehrungsreichen Zeiten während der Erstellung des Manuskripts und dem Beck-Verlag, stellvertretend Herrn Dr. Rosner, für die Unterstützung und die große Geduld.

Wiesbaden, Koblenz und Mannheim, im September 2017

Ralph Göbel-Zimmermann

Alexander Eichhorn

Stephan Beichel-Benedetti

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis (Auswahl)	XXI
Teil 1. Einleitung	1
A. Jahrzehnte der Flucht	1
B. Entwicklung in Deutschland	2
C. Aktuelle Entwicklung des Asyl- und Flüchtlingsrechts in Deutschland	3
D. Die Bedeutung des europäischen Mehrebenensystems des Flüchtlingsrechts	6
Teil 2. Materielles Asyl- und Flüchtlingsrecht	9
A. Einleitung	9
B. Grundzüge der Genfer Flüchtlingskonvention	11
C. Asylrecht nach Art. 16a GG	14
D. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach §§ 3 ff. AsylG	41
E. Subsidiärer Schutzstatus gemäß § 4 AsylG	78
F. Familienasyl und Familienflüchtlingsschutz nach § 26 AsylG	90
G. Nationaler subsidiärer Schutz – Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 S. 1 AufenthG	92
Teil 3. Asylverfahrensrecht	103
A. Grundzüge des Asylverfahrens	103
B. Besondere Vorschriften über das asylgerichtliche Verfahren	181
Teil 4. Verteilung und Unterbringung, aufenthaltsrechtliche Beschränkungen und Beschäftigungsverbote	201
A. Verteilung und Unterbringung	201
B. Aufenthaltsrechtliche Folgen des Asylverfahrens	210
Teil 5. Besondere aufenthaltsrechtliche Bestimmungen für Flüchtlinge (Ausweisung, Humanitärer Aufenthalt, Abschiebungshindernisse)	215
A. Aufenthaltsrechte aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen (§§ 22 ff. AufenthG)	215
B. Abschiebungsverbote und -hindernisse gemäß §§ 60, 60a AufenthG	241
C. Die Ausweisung von Schutzsuchenden, Asylberechtigten, Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten	254
D. Die Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	261
Teil 6. Perspektiven des Europäischen Flüchtlingsrechts	267
A. Die Flüchtlingskrise als Krise Europas	267
B. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) – Entwicklung und Schwachstellen	268
C. Die Reform des GEAS	270
D. Ein Ausblick	272
Sachregister	275

Inhaltsverzeichnis

Teil 1. Einleitung	1
A. Jahrzehnte der Flucht	1
B. Entwicklung in Deutschland	2
C. Aktuelle Entwicklung des Asyl- und Flüchtlingsrechts in Deutschland	3
D. Die Bedeutung des europäischen Mehrebenensystems des Flüchtlingsrechts	6
Teil 2 Materielles Asyl- und Flüchtlingsrecht	9
A. Einleitung	9
I. Entwicklung des Flüchtlingsbegriffs vom Ausländergesetz 1965 zur Qualifikationsrichtlinie	9
II. Arten des flüchtlingsrechtlichen Status	10
1. Das Asylrecht nach Art. 16a GG	10
2. Der internationale Flüchtlingsschutz	11
3. Der internationale subsidiäre Schutz	11
4. Der nationale Abschiebungsschutz	11
B. Grundzüge der Genfer Flüchtlingskonvention	11
I. Entstehungsgeschichte	11
II. Flüchtlingsbegriff nach Art. 1 A Nr. 2 GFK	12
III. Das Refoulement-Verbot nach Art. 33 Abs. 1 GFK	13
IV. Exkurs: OAU-Flüchtlingskonvention und Deklaration von Cartagena	14
C. Asylrecht nach Art. 16a GG	14
I. Schutzbereich	16
1. Individualrecht auf Asyl	16
2. Politische Verfolgung	16
a) Begriff des „Politischen“, asylrelevante Merkmale und Intensität der Rechtsgutsverletzungen	16
b) Zielgerichtetheit der Maßnahmen im Hinblick auf asylrelevante Merkmale	17
c) „Staatliche“, „quasistaatliche“ und „mittelbar staatliche“ Verfolgung ..	18
d) Individuelle Verfolgungsbetroffenheit und Kollektivverfolgung	20
e) Kausalität und Nachfluchtgründe	23
3. Gegenwärtige Verfolgungsbetroffenheit und Verfolgungsprognose	24
II. Ausschluss des Asylanspruchs	27
1. Inländische Fluchtalternative	27
2. Anderweitiger Verfolgungsschutz (§ 27 AsylG)	29
III. Asylbegründende Verfolgungstatbestände nach ausgewählten Fallgruppen ..	30
1. Kriegsdienstverweigerung und Wehrdienstentziehung	30
2. Religiöse Verfolgung	32
IV. Schranken des Asylrechts (Art. 16a Abs. 2 bis 5 GG)	33
1. Einreise aus einem sicheren Drittstaat (Art. 16a Abs. 2 GG)	33
2. Sichere Herkunftsstaaten (Art. 16a Abs. 3 GG)	36
3. Einschränkungen des Prüfungsumfangs und Präklusion (Art. 16a Abs. 4 GG)	39
4. Völkervertragliche Öffnungsklausel („Vertragsasyl“) nach Art. 16a Abs. 5 GG	40
D. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach §§ 3 ff. AsylG	41
I. Historische Entwicklung des Flüchtlingsbegriffes im Lichte völker- und europarechtlicher Vorgaben	41

II. Prüfung der Flüchtlingseigenschaft	41
1. Flüchtlingsbegriff	42
2. Prognosemaßstab nach Art. 4 QRL: Die begründete Furcht vor Verfolgung	43
3. Nachfluchtgründe	44
4. Verfolgungsakteure	45
5. Verfolgungsgründe	46
a) Allgemeines	46
b) Rasse	47
c) Religion	47
d) „Nationalität“	53
e) Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe	53
f) Verfolgung wegen der „politischen Überzeugung“	57
g) Zuschreibung von Verfolgungsgründen, § 3b Abs. 2 AsylG	58
6. Verfolgungshandlung	59
a) Begriff der Verfolgung	59
b) Intensität der Verfolgungshandlung, Wiederholung und Kumulierung von Maßnahmen	60
c) Beispielsfälle für Verfolgungshandlungen, § 3a Abs. 2 AsylG	61
7. Kausalität	64
8. Fehlender Schutz im Herkunftsstaat	64
a) Mangelnde effektive Schutzgewährung, § 3d AsylG	64
aa) Allgemeines	64
bb) Schutzfähigkeit	65
Schutzwillingkeit	66
Dauerhaftigkeit und Wirksamkeit des Schutzes	66
ee) Fehlen des Schutzes	67
ff) Nichtstaatliche Schutzakteure	67
b) Darlegungslast im Hinblick auf die effektive Schutzgewährung	67
c) Interne Schutzalternative	68
aa) „Interner Schutz“	68
bb) Prüfung des internen Schutzes	69
(1) Sicherer Landesteil	69
(2) Gefahrenprognose	69
(3) Zumutbarkeitsprüfung: Allgemeine Gegebenheiten und persönliche Umstände	70
(4) Erreichbarkeit	71
cc) Relevanter Zeitpunkt und Informationsbeschaffung	72
9. Ausschluss des internationalen Schutzes	73
III. Rechtsfolgen der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	77
IV. Rechtsfolge der Ablehnung der Flüchtlingseigenschaft	77
E. Subsidiärer Schutzstatus gemäß § 4 AsylG	78
I. Allgemeines	78
1. Unionsrechtliche Grundlagen und nationale Umsetzung	78
2. Verhältnis zum Flüchtlingsstatus	79
II. Prüfung des subsidiären Schutzstatus	79
1. Prognosemaßstab, Art. 4 QRL: Die Gefahrendichte	79
2. Ernsthafter Schaden	81
a) Allgemeines zum Begriff des ernsthaften Schadens	81
b) Verhängung der Vollstreckung der Todesstrafe	81
c) Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung	82
aa) Folter	83
bb) Unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung	84
d) Ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts	87

3. Sicherer Herkunftsstaat	89
4. Ausschlussgründe, Abs. 3	89
III. Aufenthaltsrechtliche Konsequenzen des subsidiären Schutzstatus	89
F. Familienasyl und Familienflüchtlingsschutz nach § 26 AsylG	90
G. Nationaler subsidiärer Schutz – Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7	
S. 1 AufenthG	92
I. § 60 Abs. 5 AufenthG – Verweis auf die Konventionsrechte der EMRK	93
1. Art. 2 EMRK – absichtliche Tötungen	94
2. Art. 3 EMRK – Erniedrigende und unmenschliche Behandlung, Folter ..	94
3. Art. 4 EMRK – Verbot von Sklaverei, Leibeigenschaft und Zwangsarbeit ..	96
4. Art. 6 EMRK – Recht auf ein faires Verfahren	96
5. Art. 8 EMRK – Achtung des Privat- und des Familienlebens	96
6. Art. 9 EMRK – Recht auf Gedanken- Gewissens- und Religionsfreiheit ..	97
7. Akzessorische Rechte, Art. 13 und 14 EMRK	97
II. § 60 Abs. 7 AufenthG – erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit	97
Teil 3. Asylverfahrensrecht	103
A. Grundzüge des Asylverfahrens	103
I. Allgemeine Bestimmungen	103
1. Geltungsbereich des Asylgesetzes (§ 1 AsylG)	103
2. Schutzgewährung (§§ 2 und 3 AsylG)	103
3. Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge	104
4. Verbindlichkeit asyl- und ausländerrechtlicher Entscheidungen des Bundesamtes nach § 6 und § 42 AsylG	106
§ 6 AsylG	106
§ 42 AsylG	107
5. Beteiligungsrechte	107
6. Besondere Zustellungs Vorschriften	108
7. Ausschluss des Widerspruchs	110
8. Handlungsfähigkeit und Vertretung Minderjähriger	110
a) Begleitete minderjährige Flüchtlinge	111
b) Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	111
9. Antragserfordernis	112
II. Zuständigkeitsregelungen nach der VO (EU) Nr. 604/2013 („Dublin-III-VO“)	114
1. Das Dublin-System	114
2. Funktionsmängel des Dublin-Systems	117
3. Einleitung eines Dublin-Verfahrens	118
4. Zuständigkeitskriterien	119
5. Überstellungsverbote und Selbsteintrittsrecht	123
a) Systemische Mängel	123
b) Individuelles Überstellungsverbot	126
6. Übernahmeverfahren, Fristen und Überstellungen	128
7. Formelle Voraussetzungen und Rechtsschutz	130
III. Asylersuchen bei der Grenzbehörde, einer Ausländerbehörde oder der Polizei (§§ 18 und 19 AsylG)	132
1. Asylersuchen bei der Grenzbehörde (§ 18 AsylG)	132
a) Weiterleitung an eine Aufnahmeeinrichtung (§ 18 Abs. 1 AsylG)	132
b) Verweigerung der Einreise und Zurückschiebung (§ 18 Abs. 2 bis 4 AsylG)	132
2. Asylersuchen bei der Ausländerbehörde oder der Polizei (§ 19 AsylG) ..	133
IV. Das asylrechtliche Flughafenverfahren (§ 18a AsylG)	133
1. Der Regelungsgehalt des § 18a AsylG	133
2. Rechtsschutz im Flughafenverfahren	135
a) Das Urteil des BVerfG vom 14.5.1996 zum Flughafenverfahren	135
b) Prüfungsgegenstand im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	136

3. Das Flughafenverfahren nach § 18a AsylG in der gerichtlichen Praxis . . .	136
a) Der Begriff der Einreise	136
b) Folgeanträge im Flughafenverfahren	137
c) Unverzügliche Weiterleitung eines Asylsuchenden an die Außenstelle des Bundesamtes	137
d) Die Zwei-Tages-Frist des § 18a Abs. 6 Nr. 2 AsylG	138
e) Prüfung von Abschiebungshindernissen i. S. des § 60 Abs. 5 bzw. 7 AufenthG im Flughafenverfahren	138
f) Klageverfahren	138
V. Verfahren vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	139
1. Amtsermittlung durch das Bundesamt	139
2. Informationsgewinnung im Asylverfahren	143
3. Besondere Mitwirkungspflichten eines Asylbewerbers	143
4. Verschiedene Entscheidungsvarianten des Bundesamtes	145
5. Stattgabe eines Asylantrags	146
a) Voraussetzungen	146
b) Rechtsschutz	146
6. Teilstattgabe eines Asylantrags	147
a) Voraussetzungen	147
b) Rechtsschutz	147
7. Entscheidung bei Einreise über sicheren Drittstaat i. S. des Art. 16a Abs. 2 GG bzw. einen Dublin-Staat (§§ 26a und 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG und Abschiebungsanordnung nach § 34a AsylG)	147
a) Voraussetzungen	147
b) Abschiebungsanordnung nach § 34a AsylG	148
c) Rechtsschutz	149
8. Unzulässiger Asylantrag (§ 29 AsylG)	149
a) Voraussetzungen	149
b) Rechtsschutz	151
9. Offensichtlich unbegründeter Asylantrag (§ 30 AsylG)	155
a) Voraussetzungen	155
b) Rechtsschutz	157
10. Sichere Herkunftsstaaten (§ 29a AsylG)	158
a) Voraussetzungen	159
b) Rechtsschutz	160
11. Einfach unbegründeter Asylantrag	161
a) Voraussetzungen	161
b) Rechtsschutz	161
12. Entscheidung im beschleunigten Verfahren nach § 30a AsylG	161
a) Voraussetzungen	161
b) Rechtsschutz	163
13. Entscheidung bei Antragsrücknahme oder Verzicht (§ 32 AsylG)	163
a) Voraussetzungen	163
b) Rechtsschutz	163
14. Entscheidung bei fiktiver Antragsrücknahme (§ 33 AsylG)	164
a) Voraussetzungen	164
b) Rechtsschutz	166
15. Entscheidung über einen Folgeantrag (§ 71 AsylG)	167
a) Voraussetzungen	167
b) Rechtsschutz	169
16. Entscheidung über einen Zweitantrag (§ 71a AsylG)	170
a) Voraussetzungen	170
b) Rechtsschutz	172
VI. Verlust der Rechtsstellung als Asylberechtigter iSd Art. 16a Abs. 1 GG, der Flüchtlingseigenschaft und/oder des subsidiären Schutzes	172
1. Allgemeines	172
2. Erlöschen der Rechtsstellung nach § 72 AsylG	173
a) Voraussetzungen	173
b) Rechtsschutz	174

3. Widerruf und Rücknahme der Asylberechtigung und der Flüchtlingseigenschaft (§ 73 AsylG)	174
a) Voraussetzungen	174
b) Rechtsschutz	178
4. Erlöschen und Entziehen einer ausländischen Anerkennung als Flüchtling (§ 73a AsylG)	179
a) Voraussetzungen	179
b) Rechtsschutz	179
5. Widerruf und Rücknahme des subsidiären Schutzes (§ 73b AsylG)	179
a) Voraussetzungen	179
b) Rechtsschutz	180
6. Widerruf und Rücknahme von Abschiebungsverboten (§ 73c AsylG)	180
a) Voraussetzungen	180
b) Rechtsschutz	181
B. Besondere Vorschriften über das asylgerichtliche Verfahren	181
I. Gerichtliche Entscheidungsfindung über das Anerkennungsbegehren	181
1. Anforderungen an die gerichtliche Aufklärungspflicht und Beweismaß	182
2. Die Informationsvermittlung in Asylgerichtsverfahren	185
3. Gewährung rechtlichen Gehörs (Art. 103 GG)	186
II. Zuständiges Verwaltungsgericht	188
III. Weitgehender Ausschluss des Suspensiveffekts der Klage	189
IV. Besondere Fristen für Klage und Eilantrag	189
V. Untätigkeitsklage	190
VI. Entscheidung durch den Einzelrichter	192
VII. Maßgeblicher Zeitpunkt der Entscheidung des Gerichts	193
VIII. Beteiligtenvernehmung des Asylbewerbers	193
IX. Rechtsmittelausschluss und besondere Fristen für das Berufungsverfahren	193
X. Präklusionsregelung für das asylgerichtliche Klage- und Berufungsverfahren	196
XI. Fiktive Klagerücknahme wegen Nichtbetreiben des Verfahrens gem. § 81 AsylG	197
XII. Gerichtskostenfreiheit, Gegenstandswert und Kostenquotelung in Streitigkeiten nach dem Asylgesetz	198
Teil 4. Verteilung und Unterbringung, aufenthaltsrechtliche Beschränkungen und Beschäftigungsverbote	201
A. Verteilung und Unterbringung	201
I. Zentrale bundesweite Verteilung und Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen	201
II. Landesinterne Verteilung und Unterbringung in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften	204
III. Recht des Aufenthalts während des Asylverfahrens	206
1. Räumliche Beschränkungen	206
2. Anordnung der räumlichen Beschränkung	207
3. Wohnsitzauflagen	207
IV. Rechtsschutz hinsichtlich der Unterbringung und Verteilung	208
1. Rechtsschutz hinsichtlich der länderübergreifenden Verteilung und der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen.	208
2. Rechtsschutz gegen die landesinterne Zuweisungsentscheidung und die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft	208
3. Rechtsschutz gegen räumliche Beschränkung und Wohnsitzauflage	209
B. Aufenthaltsrechtliche Folgen des Asylverfahrens	210
I. Folgen des Asylverfahrens und des Antrags	211
1. Erwerbstätigkeit während des Asylverfahrens	211
2. Erwerbsverbot für Personen aus sicheren Herkunftsstaaten	212
3. Erlöschen bestimmter Titel	212
4. Erteilungssperre für Titel während des Asylverfahrens	212
5. Erteilungssperre nach Abschluss des Asylverfahrens	213
II. Erlöschen der Aufenthaltsgestattung kraft Gesetzes	213

Teil 5. Besondere aufenthaltsrechtliche Bestimmungen für Flüchtlinge (Ausweisung, Humanitärer Aufenthalt, Abschiebungshindernisse)	215
A. Aufenthaltsrechte aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen (§§ 22 ff. AufenthG)	215
I. Einleitung	215
II. Überblick	215
III. Verhältnis der Vorschriften – einheitlicher Aufenthaltswitz bei unterschiedlichen Erteilungsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	216
1. Aufnahme aus dem Ausland (§ 22 AufenthG)	216
2. Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen; Neuansiedlung von Schutzsuchenden (§ 23 AufenthG)	218
3. Aufenthaltsgewährung in Härtefällen (§ 23a AufenthG)	219
4. Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz (§ 24 AufenthG)	219
5. Aufenthalt aus humanitären Gründen (§ 25 AufenthG)	220
a) Aufenthaltstitel für Asylberechtigte (Absatz 1)	220
b) Aufenthaltstitel für international Schutzberechtigte (Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte; Absatz 2)	221
c) Aufenthaltstitel bei nationalen Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und 7 (Absatz 3)	221
d) Aufenthaltstitel für einen (vorübergehenden) Aufenthalt aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen oder erhebliche öffentliche Interessen (Absatz 4)	223
e) Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Menschenhandel (Absatz 4a)	224
f) Aufenthaltserlaubnis für illegal beschäftigte Arbeitnehmer (Absatz 4b)	225
g) Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (Absatz 5)	226
aa) Gesetzeszweck und Verhältnis zu anderen Erteilungsvorschriften	226
bb) Unverschuldete Unmöglichkeit der Ausreise in absehbarer Zeit	227
cc) Tatsächliche und rechtliche Unmöglichkeit	228
dd) Insbesondere: Familiäre Gründe und Verwurzelung	228
ee) Wertende Einzelfallbetrachtung	228
ff) Soll-Vorschrift: Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt	231
gg) Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen und allgemeine Versagungsgründe	231
h) Aufenthaltstitel nach § 25a AufenthG bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden	231
aa) „Soll-Erteilung“ für Jugendliche und Heranwachsende sowie deren Ehe- und Lebenspartner und minderjährige Kinder (Absatz 1)	232
bb) „Kann-Erteilung“ für Eltern oder einen personensorgeberechtigten Elternteil, der eine Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 besitzt (Absatz 2) sowie deren minderjährige Kinder	235
i) Aufenthaltstitel nach § 25b AufenthG bei nachhaltiger Integration	236
B. Abschiebungsverbote und -hindernisse gemäß §§ 60, 60a AufenthG	241
I. Überblick zu den Abschiebungsverboten nach § 60 AufenthG	241
II. Die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung durch Duldung nach § 60a AufenthG	243
1. Die Gruppenduldung (§ 60a Abs. 1 AufenthG)	244
2. Duldung wegen tatsächlicher oder rechtlicher Unmöglichkeit der Abschiebung (§ 60a Abs. 2 S. 1 AufenthG)	245
a) Rechtliche Abschiebungshindernisse	245
aa) Insbesondere: Gesundheitliche Gründe	246
bb) Vermutungs- und Präklusionsregel bei gesundheitlichen Gründen	247
b) Tatsächliche Abschiebungshindernisse	249
3. Duldung wegen Zeugenschaft im Strafverfahren (§ 60a Abs. 2 S. 2 AufenthG)	249
4. Ermessensduldung (§ 60a Abs. 2 S. 3 AufenthG)	249

5. Duldung zum Zwecke der Berufsausbildung (§ 60a Abs. 2 S. 4 AufenthG)	250
6. Duldung nach gescheiterter Zurückschiebung oder Abschiebung (§ 60a Abs. 2a AufenthG)	253
III. Erlöschen und Widerruf der Duldung (§ 60a Abs. 5)	253
IV. Verbot der Erlaubnis einer Erwerbstätigkeit (§ 60a Abs. 6)	254
C. Die Ausweisung von Schutzsuchenden, Asylberechtigten, Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten	254
I. Tatbestand	255
1. § 54 AufenthG – Ausweisungsinteressen	255
2. Konkrete und aktuelle individuelle Gefahr	255
3. § 55 AufenthG – Bleibeinteressen	256
4. Erhöhter Ausweisungsschutz für Asylberechtigte und Flüchtlinge (§ 53 Abs. 3 AufenthG)	256
a) Personaler Anwendungsbereich: Asylberechtigte und Flüchtlinge	257
b) Anwendung auf subsidiär Schutzberechtigte?	258
5. Erhöhter Ausweisungsschutz für Schutzsuchende (§ 53 Abs. 4 AufenthG)	259
6. Abwägung nach § 53 Abs. 2 AufenthG	259
II. Rechtsfolgen der Ausweisung – Sperrfrist und Auflagen	260
D. Die Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	261
I. Aufbau, Inhalt, Zweck	261
II. Eine auf Tatsachen gestützte Gefahrenprognose	262
1. Keine konkrete Gefahr erforderlich	262
2. Besondere personenbezogene Gefahrenlage	263
3. Beachtliches Eintrittsrisiko	263
III. Die besondere Gefahr	263
IV. Kein Abschiebungsverbot nach § 60 AufenthG – belast- und überprüfbare Zusicherung des Zielstaates und Möglichkeit effektiver gerichtlicher Überprüfung derselben	264
V. Befristungsentscheidung	264
VI. Ermessen	265
VII. Rechtsfolgen	265
VIII. Bewertung	265
Teil 6. Perspektiven des Europäischen Flüchtlingsrechts	267
A. Die Flüchtlingskrise als Krise Europas	267
B. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) – Entwicklung und Schwachstellen	268
C. Die Reform des GEAS	270
D. Ein Ausblick	272
Sachregister	275